

Weniger Organspender

DSO: Grund könnten mehr Patientenverfügungen sein

dapd **Frankfurt.** Die Zahl der Organspender in Deutschland ist zurückgegangen. Rund 1200 Menschen haben 2011 ein Organ gespendet, das sind rund 7,4 Prozent weniger als im Vorjahr, teilte die Deutsche Stiftung Organtransplantation (DSO) in Frankfurt (Main) mit. Die Zahl der Organspender pro eine Million Einwohner sei damit von 15,9 auf 14,7 zurückgegangen. „Wir nehmen den Rückgang der Organspende sehr ernst und arbeiten unermüdlich an Möglichkeiten und Wegen, um mehr Menschen mit einer Transplantation zu helfen“, sagte der Medizinische Vorstand der DSO, Günter Kirste. Bundesweit warten noch rund 12 000 Patienten auf ein lebensrettendes Organ.

In Folge der bundesweit gesunkenen Organspenderrate ist auch die Zahl der gespendeten Organe von 4205 auf 3917 um knapp 7 Prozent zurückgegangen. Konnte 2010 noch 4326 Menschen mit einer Transplantation von Organen aus dem Eurotransplant-Verbund geholfen werden, waren es 2011 mit 4054 deutlich weniger. Die Spenderzahlen sind nach einem Einbruch 2008 in den vergangenen beiden Jahren leicht gestiegen, liegen jetzt aber wieder auf dem Niveau von 2008.

Ein Grund für den Rückgang der Organspende in 2011 könnte nach Einschätzung der DSO in der Zunahme von Patientenverfügungen liegen. Denn in solchen Patientenverfügungen ist oft festgelegt, dass die medizinische Versorgung

im Falle einer schweren Erkrankung schrittweise eingestellt werden soll. Dadurch werden potenzielle Spenderorgane meistens unbrauchbar.

Der Zusammenhang zeichnet sich in einem ersten Zwischenbericht des Projekts Inhousekoordination ab. Um verlässliche Daten über das vorhandene Spenderpotenzial in Deutschland zu erhalten, hatte die DSO mit dem Gesundheitsministerium und der Deutschen Krankenhausgesellschaft 2010 das Projekt gestartet. Der Geschäftsführende Vorstand der Patientenschutzorganisation Deutsche Hospiz Stiftung, Eugen Brysch, widersprach dieser Darstellung. Der häufig bestehende Widerspruch zwischen Organspendebereitschaft und einer Patientenverfügung sei nur ein Teil der Wahrheit, sagte Brysch. Es fehle viel eher an Aufklärung. Weder im Bereich der Patientenverfügung noch der Organspende sei eine Beratung gesetzlich vorgeschrieben. „Hier besteht Nachbesserungsbedarf.“

Die DSO erhofft sich von einer bevorstehenden Gesetzesänderung eine Förderung der Organspende: Laut EU-Vorgabe muss der Bundestag bis Mitte 2012 ein neues Transplantationsgesetz verabschieden. Künftig soll die Bereitschaft der Bürger zu einer Organspende regelmäßig abgefragt werden, um die Spendenbereitschaft zu erhöhen. Bisher muss ein Spender von sich aus sein Einverständnis geben.